



Nr. 41

1. Dezember 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde der Länder

[Öffentlicher Dienst: Tausende Beschäftigte im Warnstreik](#)

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

[Silberbach: Barrieren abbauen, Teilhabe aufbauen](#)

Sozialwahlen

[Mehr Rechte und Engagement für Selbstverwaltungen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen

[Besoldung: Widerspruch empfohlen](#)

komba gewerkschaft

[Frühkindliche Bildung: Fachkräfte gewinnen und qualifizieren unerlässlich](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Clankriminalität: Beweislastumkehr gefordert](#)

DPVKOM

[Tarifrunde bei der Deutschen Telekom: deutliche Entgeltsteigerung gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde der Länder Öffentlicher Dienst: Tausende Beschäftigte im Warnstreik

Bevor am 7. Dezember 2023 die voraussichtlich entscheidende dritte Runde der Verhandlungen über die Einkommen im öffentlichen Dienst der Länder beginnt, haben die Beschäftigten den Druck erneut erhöht.

Trotz Inflation und Fachkräftemangel weigert sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die Einkommen im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Tausende gingen deshalb auf die Straße und beteiligten sich an Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen. Sie fordern 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro höhere Einkommen pro Monat.

„In den vergangenen zwei Verhandlungsrunden hatten die Arbeitgebenden genug Gelegenheiten, uns ein Angebot vorzulegen. Statt Angebote zu bitter notwendigen Verbesserungen haben sie uns aber die kalte Schulter gezeigt“, erklärte der dbb Tarifchef Volker Geyer bei einer Großkundgebung vor 6.000 Teilnehmenden am 30. November 2023 in Stuttgart. „Wer Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Pflege will, muss die Menschen in diesen Bereichen auch angemessen bezahlen, statt an jeder Ecke zu sparen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten Deutschland am Laufen.“

Kai Rosenberger, Landesvorsitzender des BBW - Beamtenbund Tarifunion, kritisierte die Konkurrenz innerhalb des öffentlichen Dienstes: „Beschäftigte, die für die Länder arbeiten, erhalten für dieselbe Tätigkeit weniger, als wenn sie für Bund oder Kommunen arbeiten würden. Die Länder müssen wieder attraktiv für Fachkräfte werden. Und das gelingt nur mit besserer Bezahlung, besseren Arbeitsbedingungen sowie unbefristeter Übernahme von Auszubildenden und Studierenden.“

In Berlin hatten zeitgleich Beschäftigte der Finanzverwaltung einen Warnstreik durchgeführt und vor dem Bundesrat demonstriert. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach forderte die Länder auf, die Arbeit der Beschäftigten wertzuschätzen und ihnen den Anschluss an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst zu garantieren: „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind es leid, als lästige Bittsteller behandelt zu werden. Sie sorgen mit ihrer Arbeit täglich dafür, Krisen zu meistern – und sie leisten in der Finanzverwaltung einen wesentlichen Beitrag für stabile Steuereinnahmen und fiskalische Rechtssicherheit.“ Mit Blick auf die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder appellierte der dbb Chef, das zu erzielende

Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen.

Florian Köbler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft DSTG, bekräftigte die absolute Notwendigkeit eines starken linearen Tarifabschlusses: „Das Zögern der Arbeitgeberseite ist brandgefährlich für Deutschland in Zeiten rasant steigenden Fachkräftemangels. Der Umgang mit den Beschäftigten der Finanzverwaltung ist blanker Hohn. Was ist es für ein Zeichen, wenn der Staat exzellent ausgebildete Beschäftigte so bezahlt, dass sie Wohngeld beantragen müssen? Das ist perfide!“

In Nürnberg zogen am 29. November 2023 über 3.000 Mitglieder aus den Fachgewerkschaften des bayerischen Beamtenbundes in zwei Demonstrationen durch die Innenstadt, um für ihre Forderung einzutreten. Der dbb Tarifchef Volker Geyer war auch hier vor Ort und sagte bei der Abschlusskundgebung: „Was die Länderarbeitgeber uns bisher bei den Verhandlungen in Potsdam bieten, ist keine Wertschätzung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, das ist eine Unverschämtheit. Außerdem ist es selbstzerstörerisch und kurzfristig. Wie wollen die Länder denn auf dem immer härter umkämpften Arbeitsmarkt bestehen, wenn sie bei der Bezahlung jetzt sogar signifikant hinter Bund und Kommunen zurückfallen - von der Privatwirtschaft ganz zu schweigen?“

Rainer Nachtigall, Vorsitzender des BBB – Bayerischer Beamtenbund, forderte den Freistaat auf, „seiner Vorreiterrolle im Beamtenrecht auch im Tarifbereich gerecht zu werden und im Kreis der Bundesländer auf einen angemessenen Abschluss hinzuwirken“. Als starkes Land dürfe sich Bayern nicht allein von den finanziell schwächer gestellten den Ton vorgeben lassen. Er dankte außerdem dem bayerischen Finanzminister Albert Füracker für die Zusage, das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen. „Froh wird man damit aber nur, wenn die Beträge stimmen“, so Nachtigall.

„Wir lassen nicht locker. Unser Protest gegen die Blockadehaltung der Arbeitgeber geht weiter“, machte dbb Landeschef Ulrich Stock am selben Tag auf der Mittagsdemo vor 150 Beschäftigten in Halle deutlich. „Die Länder sind auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig – nicht zur Privatwirtschaft und nicht einmal zu Bund und Kommunen. Der öffentliche Dienst wird seit Jahren auf Verschleiß gefahren. Es wird weder in das Personal noch in deren Arbeitsbedingungen investiert. Aber nur wer gut bezahlt, bekommt auch gute Leute. Und die braucht der öffentliche Dienst dringender als je zuvor.“

Am 28. November 2023 fanden insbesondere im Osten Aktionen statt: In Schwerin, Erfurt und Leipzig demonstrierten Beschäftigte. Michael Blanck, Vorsitzender der dbb Landestarifkommission Mecklenburg-Vorpommern, sagte bei der Kundgebung von 2.000 Menschen in Schwerin: „Die Arbeitgebenden haben den Ernst der Lage nicht erkannt. Überall klaffen Personallücken. Um das zu ändern, muss der öffentliche Dienst wieder konkurrenzfähig werden. Und dafür ist das Einkommen eine zentrale Stellschraube. Ohne Lehrkräfte keine Bildung. Ohne Polizei keine Sicherheit. Ohne Straßenwärter keine Sicherheit auf unseren Straßen. Ohne Unikliniken keine medizinische Versorgung. Diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Fakt ist: Öffentliche Dienstleistungen gibt es nicht zum Nulltarif.“

In Leipzig hatten etwa 7.000 Landesbeschäftigte aus dem Bildungssektor ihre Arbeit niedergelegt. Steffen Winkler, stellvertretender Landesvorsitzender des Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB) und Mitglied des Sächsischen Lehrerverbandes, machte deutlich: „Seit Jahren hinkt der Tarifvertrag der Länder dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst hinterher. Das Zeichen, das so an die Landesbeschäftigten gesendet wird, ist fatal. Sie sind nicht weniger wert als die Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen: Auch sie leisten wichtige Arbeit und auch sie verdienen ordentliche Anerkennung.“

In Thüringen hatten sich ebenfalls insbesondere Beschäftigte aus Bildungsberufen an einem landesweiten Warnstreik und einer Kundgebung vor dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) in Erfurt beteiligt. Die Streikenden ermahnten den anwe-

senden Bildungsminister Holter, für einen erfolgreichen Abschluss der Tarifverhandlungen und ein verhandelbares Arbeitgeberangebot bei der Finanzministerin zu werben. „Der öffentliche Dienst ist nichts ohne seine Beschäftigten“, mahnte Uwe Allgäuer, stellvertretender Vorsitzender des Thüringer Beamtenbundes. „Höhere Gehälter sind ein Schlüssel, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und auch zu halten“.

Nachhaltigkeit in der Sozialarbeit, das geht nur mit Wertschätzung seitens der Arbeitgebenden – das machten DBSH-Mitglieder am 28. November 2023 in Berlin deutlich. Ein starkes und soziales Berlin gebe nur mit Mitarbeitenden, die gesund und motiviert sind, gerne zur Arbeit kommen und sich langfristig an ihren Arbeitgeber binden. „Unsere Arbeitgebenden haben bislang nicht verstanden, dass keine Schlange vor deren Türe steht, um unter diesen katastrophalen Bedingungen zu arbeiten“, sagte Verena Bieler, 2. Vorsitzende des DBSH, Landesverband Berlin.

Am 27. und 28. November 2023 demonstrierten Mitglieder des Berufsschullehrerverbandes LVBS und anderer Gewerkschaften am Beruflichen Schulzentrum „Friedrich Siemens“ in Pirna und am BSZ „Anne Frank“ in Plauen. Dirk Baumbach, 1. Vorsitzender des LVBS, und bekräftigte gemeinsam mit den Beschäftigten die Tarifforderungen.

Für den 1. Dezember 2023 hat die Deutsche Polizeigewerkschaft in Berlin zu einem Warnstreik und einer Kundgebung vor dem Roten Rathaus aufgerufen. „Wir sehen uns gezwungen, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen“, sagt Boris Biedermann, 1. stellvertretender Landesvorsitzender der DPoIG Berlin.

Hintergrund:

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Zwei Verhandlungsrunden endeten ergebnislos, eine dritte wurde für den 7. bis 9. Dezember 2023 vereinbart.

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung Silberbach: Barrieren abbauen, Teilhabe aufbauen

Der 3. Dezember ist der Internationale Tag der Menschen mit Behinderungen. Um ihre Situation zu verbessern, fordert dbb Chef Silberbach mehr Anstrengungen.

Der defekte Aufzug zum Bahnsteig, digitale Dokumente, die nicht barrierefrei zugänglich sind, ein fehlendes Blindenleitsystem: Menschen mit Behinderungen stoßen immer wieder auf Hürden, die ihren Alltag erschweren. „Politik und Gesellschaft müssen mehr unternehmen, um die Situation zu verbessern“, sagte Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender, mit Blick auf den Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember 2023 in Berlin. „Barrierefreiheit ist das zentrale Stichwort, das wir in sämtlichen Bereichen mitdenken müssen. Dabei sind alle gefordert. Jeder Tag, den wir zögern, ist ein Tag mehr, an dem Betroffene mit Problemen leben müsse. Das schränkt ihr Leben ein, schließt sie schlimmstenfalls von Teilhabe aus und muss sich schnellstmöglich ändern!“

Aktuell beteiligt sich der dbb an der Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsgesetzes und steht mit dem federführenden Bundesministerium für Arbeit und Soziales in engem Austausch. Als Sozialpartner fordert er die

Bundesregierung auf, mehr Tempo zu machen, um Barrierefreiheit im öffentlichen und privaten Raum umzusetzen. Silberbach: „Dieses Ziel hat sich die Regierung selbst gesteckt, was ich ausdrücklich begrüße. Nun kommt es darauf an, dass sie die Regelungen zugunsten der Menschen mit Behinderungen auch in Verordnungen und Gesetze gießt. Denn die Verbesserungen müssen bei den Betroffenen ankommen. Wir müssen Barrieren abbauen und gleichberechtigte Teilhabe aufbauen.“

Hintergrund:

In Deutschland leben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 7,8 Millionen Menschen mit Schwerbehinderungen. Im September 2023 hat der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen seine Bemerkungen zur Situation in der Bundesrepublik vorgelegt. Er hebt positiv hervor, dass niemanden wegen der Begleitung eines Assistenzhundes der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen verwehrt werden darf – dabei handelte es sich um eine langjährige Forderung des dbb.

Sozialwahlen

Mehr Rechte und Engagement für Selbstverwaltungen

Bei einer Diskussion zu Selbstverwaltung und Sozialwahlen diskutierte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Maik Wagner mit anderen Expertinnen und Experten.

Der erste Schwerpunkt der Veranstaltung befasste sich mit der Frage, welche Rechte und Möglichkeiten die Selbstverwaltungen benötigen, um ihre Aufgaben auch in Zukunft erfolgreich erfüllen zu können. Überwiegend wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gefordert, den Selbstverwaltungen mehr Rechte einzuräumen – sei es durch Einbindung bei politischen Vorhaben oder stärkere Autonomie bei der Festlegung der Verwaltungsbudgets. Angeregt wurde, Selbstverwaltungen einen Verfassungsrang einzuräumen, um die Existenz der Selbstverwaltung langfristig sicherzustellen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Wagner wies darauf hin, dass das Engagement für

die ehrenamtlichen Ämter der Selbstverwaltung rückläufig sei. Sie müssten daher attraktiver gestaltet werden. Die Expertinnen und Experten sprachen sich unter anderem dafür aus, die steuerliche Behandlung der Entschädigungsleistungen der Selbstverwalter zu vereinheitlichen und diese steuerlich analog der Übungsleiterpauschale zu behandeln.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, allesamt selbst Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter, legten im weiteren Verlauf dar, wie die Selbstverwaltungen ihre Arbeit in der Öffentlichkeit bekannter machen könnten. Der dbb unterstützt den Vorschlag, die Arbeit der Selbstverwaltungen und die Sozialwahlen im Bildungsbereich zu integrieren. Diese Themen

sollten künftig auch in den Schulen und Ausbildungseinrichtungen behandelt werden. Peter Weiß, Bundeswahlbeauftragter für die Sozial-

wahlen, hatte Wagner sowie die rund 20 Expertinnen und Experten am 23. November 2023 zur Diskussion geladen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen

Besoldung: Widerspruch empfohlen

Der SBB - Beamtenbund und Tarifunion Sachsen empfiehlt vorsorglich allen Beamtinnen und Beamten Widerspruch gegen ihre Besoldung einzulegen, auch wenn dies in den vergangenen Jahren bereits erfolgt ist.

Dazu hieß es vom dbb Landesbund am 30. November 2023: „Dies erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund, dass durch den Besoldungsgesetzgeber in Sachsen durch das 4. Dienstrechtsänderungsgesetz versucht wurde, die Verfassungsmäßigkeit der Alimentation in Sachsen wieder herzustellen und sich dadurch eine neue Situation ergeben hat. Wie bereits informiert, bestehen aus Sicht des SBB weiter erhebliche Zweifel, ob die getroffenen Rege-

lungen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts genügen. In den Musterwidersprüchen wird deshalb darauf hingewiesen, dass die Anpassungen durch das 4. Dienstrechtsänderungsgesetz nicht ausreichen um die Verfassungsmäßigkeit der Alimentation in Sachsen sicher zu stellen. Wir haben die Musterschreiben an eure Fachgewerkschaft übersandt. Nutzt diese und wendet euch an eure Fachgewerkschaft.“

komba gewerkschaft

Frühkindliche Bildung: Fachkräfte gewinnen und qualifizieren unerlässlich

Bundesweit fehlen mehr als 429.000 Kita-Plätze. Außerdem mangelt es an Personal. Darauf weist der aktuelle Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung zur frühkindlichen Bildung. Fachkräfte zu gewinnen, zu qualifizieren und zu halten, bleibt für die komba gewerkschaft daher wichtig. Darüber hinaus seien Sofortmaßnahmen notwendig.

Der Ländermonitor sieht Chancen für spürbare Verbesserungen in der Kita-Landschaft bis 2030. Dafür sind bestimmte Voraussetzungen nötig. Während die ostdeutschen Bundesländer rechtliche Grundlagen für mehr Personalausstattung schaffen müssen, ist in den westdeutschen Ländern der Platzausbau ein Thema. Was alle Bundesländer eint, ist der Bedarf an langfristigen Konzepten für die Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -bindung. „Das System Kita braucht ausreichendes und qualifiziertes Personal. Qualitativ gute frühkindliche Bildung geht nicht ohne die Beschäftigten und nicht ohne entsprechende finanzielle Mittel“, betonte Sandra van Heemskerck, stellvertretende Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft, am 28. November 2023. Sie sieht auch den Bund in der Pflicht.

Der Ländermonitor zeigt, dass es darüber hinaus kurzfristiger Maßnahmen bedarf, um der

angespannten Situation in den Kitas zu begegnen. Eine davon ist der Einsatz von Quereinsteigerinnen und -einsteigern. „Trotz des akuten Fachkräftemangels darf unter keinen Umständen auf pädagogische Qualifizierung verzichtet werden“, mahnte van Heemskerck. Damit unterstützt sie die Forderung der Bertelsmann-Stiftung.

Außerdem schlägt der Ländermonitor für einige Bundesländer in enger örtlicher Abstimmung reduzierte Öffnungszeiten vor, um die angespannte Situation zu entschärfen. „Eine Begrenzung der Betreuungszeiten setzt voraus, dass auch die Arbeitgeberseite ihren Beitrag leistet und familienfreundliche Arbeitszeiten anbietet. Frühkindliche Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die das Engagement und den Lösungswillen aller erfordert“, unterstrich die stellvertretende komba Bundesvorsitzende.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Clankriminalität: Beweislastumkehr gefordert

Wie die Generalzolldirektion in ihrer Bilanz bekanntgegeben hat, wurden im Rahmen der bundesweiten Schwerpunktprüfung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit gegen Branchen mit Risikogeneigntheit zur Clankriminalität – Cafés, Shisha-Bars, Wettbüros, Spielstätten, Barber-Shops und Kfz-Handel – am 24. November 2023 insgesamt über 40 Straf- und 100 Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

Diese betreffen unter anderem Aufenthaltsverstöße, Steuerhinterziehung und das Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen. In rund 560 Fällen ergaben sich Hinweise für weitergehende Ermittlungen. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ Thomas Liebel erklärte dazu: „Tiefere Clan-Strukturen aufzudecken ist erfahrungsgemäß sehr personalintensiv, langwierig und aufwendig. Längst nicht alle Gelder, die der Solidargemeinschaft hinterzogen wurden, können letztendlich auch gefunden werden. Man darf ohnehin gespannt sein, wie viele Verurteilungen sich am Ende aus den Strafverfahren ergeben und wie viel illegal angehäuften Vermögen durch Gerichte tatsächlich abgeschöpft werden kann.“

In der Vergangenheit seien viele Verfahren oft im Sand verlaufen, kritisiert Liebel. Ein Grund dafür sei, dass der Zollverwaltung die nötige

personelle und technische Ausstattung fehle. Auch habe man nicht Zugriff auf alle relevanten Datenbanken der Länder. Das Phänomen Clankriminalität würde überwiegend in eigener Zuständigkeit der Landeskriminalämter bearbeitet werden, obwohl der Zoll mit 122 Verfahren gegen organisierte Kriminalität im Jahr 2022 bereits Spitzenreiter aller Behörden ist – noch weit vor jedem einzelnen Bundesland.

Der BDZ-Chef übte auch deutliche Kritik an der Rechtslage: „Gerade im Clan-Milieu wird häufig von Menschen ohne geregeltes Einkommen öffentlich mit Luxusgegenständen posiert. Hier muss die Frage des Staates erlaubt sein, woher das Geld stammt. In solchen Ermittlungsverfahren müssen die Behörden Verdächtige mit Hilfe einer Beweislastumkehr stärker als bisher unter Druck setzen können. Dann kommt man auch an die Hintermänner ran.“

DPVKOM

Tarifrunde bei der Deutschen Telekom: deutliche Entgeltsteigerung gefordert

Einen Sockelbetrag von 500 Euro für alle Beschäftigten sowie darauf aufbauend eine Entgeltsteigerung von 12 Prozent – mit diesen Tarifforderungen geht die Fachgewerkschaft DPVKOM in die nächste Tarifrunde für die rund 60.000 Tarifkräfte der Deutschen Telekom AG, der Telekom Deutschland GmbH, Deutschen Telekom Technik GmbH, Deutschen Telekom Service GmbH und DT Außendienst GmbH.

Darüber hinaus sollen die Ausbildungsvergütungen um monatlich 200 Euro angehoben werden. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages soll 12 Monate betragen. Des Weiteren fordert die DPVKOM einen Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis zum Jahr 2026. Die bestehenden Entgelt-Tarifverträge, die von der DPVKOM nicht unterzeichnet wurden, enden am 31. März 2024.

„Die Beschäftigten der Deutschen Telekom leiden unter den enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten. Sie brauchen deutlich mehr Geld im Portemonnaie als Ausgleich für die zurück-

liegenden und für zukünftige Preissteigerungen“, so die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus. Und das Geld hierfür sei durchaus vorhanden. Die Deutsche Telekom sei kein notleidendes Unternehmen und habe im ersten Halbjahr einen Konzernüberschuss von knapp 15,4 Milliarden Euro erzielt. Dahlhaus weiter: „Es kann nicht sein, dass wieder einmal nur die Aktionäre davon profitieren, indem sie im kommenden Jahr eine Dividenden-erhöhung von 10 Prozent netto bekommen sollen. Der Vorstand und die Aufsichtsratsmitglieder füllen sich ebenfalls munter die Taschen. Dabei sind es doch die Mitarbeitenden, die mit ihrer Arbeit die Produktivität steigern und das

Unternehmen so gut dastehen lassen. Das muss in Form höherer Löhne nun endlich anerkannt werden.“

Dessen ungeachtet macht sich die DPVKOM dafür stark, dass die Deutsche Telekom die

steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro voll ausschöpft. Von dem Höchstbetrag hat sie einem Teil der Beschäftigten bislang nur 1.500 Euro gewährt, viele sind bislang gänzlich leer ausgegangen!

Namen und Nachrichten

Am 28. November 2023 haben die Mitglieder der **dbb Tarifkommission für die Sicherheitskräfte an Flughäfen** getagt und eine Forderung für die anstehenden Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband BDLS beschlossen. Bei der Begründung für die dbb Forderungen wurde dbb Tarifchef Geyer deutlich: „Auch, wenn bald Weihnachten ist, unsere Forderungen sind kein Wunschzettel. Sie sind uns bitterernst und ein Arbeitgeber, der die Zukunftsfähigkeit seines Betriebs vor Augen hat, verzichtet bei den Verhandlungen bitte auf Rituale und obligatorisches Neinsagen. Stattdessen geht es darum, die Luftsicherheit zukunfts-fest zu machen. Das geht nur gemeinsam und das kostet.“ Die Tarifkommission hat sich auf folgende Forderungen verständigt: Erhöhung

des Stundenlohns um 2,80 Euro ab dem 1. Januar 2024; Entsprechende Anhebung der Entgelte für die operativ tätigen betrieblichen Angestellten; Von der Erhöhung der Monatsentgelte für operativ tätige betriebliche Angestellte sollen Beschäftigte nicht schon ab einer Vollzeit-Monatsvergütung von 4.000 Euro, sondern erst ab 6.000 Euro ausgenommen werden. Die Schwelle soll außerdem dynamisiert werden, d.h. sich bei Entgelterhöhungen automatisch nach oben verschieben; Laufzeit des neuen Entgelttarifvertrags: 12 Monate; Erhöhung der Zeitzuschläge für Mehrarbeit auf 30 Prozent Zuschlagspflichtige Mehrarbeit bereits ab Überschreiten der einzelvertraglich vereinbarten Regelarbeitszeit. Weitere Informationen gibt es auf dbb.de.

Termine:

7./9. Dezember 2023

Einkommensrunde TdL 2023: 3. Runde

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

8./9. Januar 2023

dbb Jahrestagung

„Ein starker öffentlicher Dienst für eine starke Demokratie und Gesellschaft“

Weitere Informationen unter www.dbb.de/jahrestagung